US-Wachposten vor dem Abu-Ghureib-Gefängnis bei Bagdad: *Saddams grässlichster Kerker*

STAN HONDA / AFP

Privatkrieg auf Staatskosten

Ein Jahr nach dem Sturz des Menschenschinders Saddam erschrecken wieder Bilder von gefolterten Irakern die Welt. Dieses Mal sind die Täter Amerikaner – und der Skandal wirft ein Schlaglicht auf die verschwiegene Seite des Wüstenfeldzugs: Immer mehr militärische Aufgaben überlässt das Pentagon privaten Unternehmen – auch das Verhören von Gefangenen.

Genau das hätte nie geschehen dürfen: amerikanische Besatzer als Folterer im Irak.

Und nun ist es doch passiert. Sechs US-Militärpolizisten stehen unter Anklage, irakische Gefangene misshandelt zu haben. Gegen sieben Vorgesetzte werden Disziplinarverfahren erwogen. Zu leugnen ist da nichts mehr, die Taten der geständigen Verdächtigen sind auf Bildern dokumentiert, unbeantwortet bleibt einstweilen nur noch die Frage: Wie hatte das geschehen können?

Das Gefängnis Abu Ghureib liegt nördlich der Autobahn von Bagdad nach Amman. Es war der größte Kerker in Saddam Husseins Reich der Furcht und der grässlichste dazu. Mehrere zehntausend Gefangene vegetierten in den schmutzig-grauen Zellenblöcken aus Beton – Diebe, Mörder, aber auch die politischen Gegner des Regimes.

Als die Amerikaner Abu Ghureib am 11. April 2003 übernahmen, boten sich den Befreiern Schreckensbilder, darunter Leichname von Gefangenen, die von Hunden angefressen worden waren. Auch in den Folterkammern entdeckten die US-Truppen Körper Getöteter, Elektrokabel hingen von blanken Wänden herab.

Wie jetzt schon wieder. Genau das macht auch das Bild so unerträglich, das in den vergangenen Tagen um die Welt ging: Ein irakischer Gefangener steht, den Kopf mit einem Sack verhüllt, auf einer Kiste mit Essensrationen. An seinen ausgebreiteten Armen hängen Kabel, die nach oben führen. Seine Peiniger – das ist inzwischen nicht mehr strittig – haben ihm gedroht, sobald er von seiner Box stürze, werde er mit Stromschlägen getötet. Unbekannt ist, wie lange das Opfer die Tortur ertragen hat.

Es gibt eine grausame Kontinuität des Gefängnisterrors, wann immer Eroberer die alten Machtinstrumente eines gestürzten Regimes für sich nutzten. Das war nicht anders, als die Sowjets das Nazi-Zuchthaus Bautzen übernahmen oder die Gotteskrieger des Ajatollah Ruhollah Chomeini das Foltergefängnis Evin, in dem die Geheimpolizei des Schahs gewütet hatte.

Das waren immerhin totalitäre Systeme. Doch nun führten auch die Amerikaner das Monstergefängnis Abu Ghureib sofort seiner alten Bestimmung zu.

Die Knastbilder, die das Nachrichtenmagazin „60 Minutes“ des amerikanischen Fernsehsenders CBS am vergangenen Mittwoch erstmals ausstrahlte, schockten Gegner wie Befürworter des amerikanischen Engagements im Irak gleichermaßen. Die tiefe Demütigung ihrer Gefangenen war ein klarer Verstoß gegen die Genfer Konvention – wenngleich noch meilenweit entfernt, und daher unvergleichbar, mit Kriegsverbrechen wie dem Massaker von My Lai, das im Vietnam-Krieg die Öffentlichkeit erschüttert hatte.

Als „widerwärtig“ beschrieb US-Präsident George W. Bush die Misshandlung der

SPLASHNEWS (L.); CBSNEWS.COM (R.)

US-Bewacherin mit nackten Gefangenen, Folteropfer bei Scheinhinrichtung: *Todesangst vor dem tödlichen Stromschlag*

FOTOS: SPLASHNEWS

Sexuelle Nötigung, Erniedrigung durch die amerikanische Wachmannschaft: *Fröhlich lachende Gesichter*

Gefangenen und geriet vor lauter Empörung gar ins Stottern: „Diese Behandlung entspricht nicht dem amerikanischen Wesen“, brachte er nach mehreren Anläufen heraus. Auch sein engster Verbündeter, der britische Premier Tony Blair, zeigte sich „entsetzt“ über die schrecklichen Bilder, das Verhalten der US-Soldaten sei „ein direkter Verstoß gegen die politischen Richtlinien, unter denen die Koalition arbeitet“. Doch Blair ringt inzwischen mit einem britischen Gefangenen-Skandal: Der „Daily Mirror“ veröffentlichte am Samstag angebliche Folterszenen von Angehörigen des Queen’s Lancashire Regiments. Ob deren Opfer überlebt hat, soll nun eine Untersuchung prüfen, welche die militärische Führung bereits eingeleitet hat.

Mit Sicherheit trieben die neuen Enthüllungen aus Saddams Schreckensknast das Ansehen Amerikas in der arabischen Welt einem neuen Tiefpunkt entgegen. Der Sender Abu Dhabi TV strahlte die Folterbilder wie einen Stummfilm aus. Aus dem Off ertönte von Zeit zu Zeit der zynische Kommentar: „Diese Sendung widmen wir denen, die immer noch nicht glauben wollen, worum es im Irak wirklich geht.“

Die Konkurrenzkanäle al-Dschasira aus Katar und al-Arabija aus Dubai griffen tief in ihre Archive und zeigten zusätzlich zu den Aufnahmen von „60 Minutes“ stundenlang Alltagsszenen, in denen US-Truppen Iraker demütigen: ruppige Verhaftungen und rabiate Hausdurchsuchungen, die vor allem Frauen und Kinder der Verdächtigen einschüchterten. Die Soldaten, die nach dem Willen der Kriegsplaner Freiheit und Demokratie in den Nahen Osten exportieren sollten, gelten, ein Jahr nach dem Sturz des Diktators, nur noch als brutale Besatzer.

„Die verschiedenen Arten, ihren Willen zu brechen, waren ziemlich erfolgreich.“

Wie es in Abu Ghureib wirklich zuging, kam erst ans Licht, nachdem ein Soldat die Verfehlungen seinen Vorgesetzten geschildert hatte. Zwar hatten die Amerikaner ihre neue Zeltstadt für Gefangene auf dem Gelände von Abu Ghureib stolz auch Journalisten als Beweis ihrer korrekten Gefangenenbehandlung vorgeführt. Zwar hat auch der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz das Gefängnis besucht. Doch bei solchen Gelegenheiten wurde sorgsam verschwiegen, dass sogar die alten Folterzellen inzwischen wieder benutzt wurden.

Auch die Besatzungsmacht belegte jene Betonverliese mit einer Bodenfläche von 90 mal 90 Zentimetern, in denen die Gefangenen im Stehen schlafen mussten.

Den angeklagten Militärpolizisten wird vorgeworfen, sie hätten vor Verhören den

SABAH ARAR / AFP

Geschändete Leichen getöteter US-Söldner in Falludscha: *Opfer des neuen Goldrauschs*

Widerstandswillen der Gefangenen durch Demütigungen gebrochen. So zwangen sie die Inhaftierten, sich auszuziehen und sich nackt zu einer Pyramide aus Leibern zusammenzulegen. Davor ließen sich die Amerikaner abbilden – mit fröhlich lachenden Gesichtern, den Daumen triumphierend emporgestreckt. Besonders demütigend in arabischen Augen: Es ist vor allem die Militärpolizistin Lynndie England, die sich mit obszönen Gesten über die nackten Gefangenen lustig macht. Andere Gefangene wurden zu sexuellen Handlungen gezwungen. Wieder andere mussten sich auf den Boden legen, und ihre Peiniger trampelten über ihre Körper hinweg. Einer der Beschuldigten, Sergeant Ivan Frederick, gab zu Protokoll, dass „unsere verschiedenen Arten, ihren Willen zu brechen, ziemlich erfolgreich“ waren. „Normalerweise gaben sie schon nach Stunden auf.“

Wird im Zeitalter des Outsourcing auch die Zuständigkeit für Recht und Gesetz ausgelagert?

Wie peinlich die Vorfälle der Besatzungsmacht sind, zeigt die Art, in der die Militärführung den Skandal zu bewältigen versucht. Brigadegeneral Mark Kimmit, der stellvertretende Kommandeur im Irak, bedauerte die Vorfälle öffentlich im Fernsehen. Brigadegeneral Janis Karpinski, der alle US-Militärgefängnisse im Irak unterstanden, wurde sofort vom Dienst suspendiert, ihr Nachfolger wurde General Geoffrey Miller, dem zuvor das Militärlager Guantanamo unterstand. Dort hält die Weltmacht etwa 600 Taliban- und Qaida-Kämpfer ohne Verfahren – und ohne Rechtsgrundlage – gefangen.

Doch im Ermittlungsbericht der Militärs zum Folterskandal von Abu Ghureib verstecken sich weitere Untersuchungsergebnisse, die geeignet sind, einen noch größeren Skandal zu entfachen: Denn die USA benutzen offenbar nicht nur eigene Militärpolizisten oder Geheimdienstagenten, um ihre Gefangenen zu verhören – sie lassen verhören, von privaten Ermittlern, deren Tätigkeit weitgehend unkontrolliert bleibt und deren Handlungen amerikanischer Gerichtsbarkeit nicht unterstehen. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Besatzungsmacht gar nicht so genau wissen will, was bei den Verhören geschieht.

Im Ermittlungsbericht der Militärs werden zwei Firmen genannt, deren Mitarbeiter in Abu Ghureib tätig waren: ein Unternehmen namens Titan aus San Diego und die Firma CACI aus Arlington in Virginia, die es sich laut ihrer Website zur Aufgabe gemacht hat, „Amerikas Geheimdiensten dabei zu helfen, weltweit Informationen für den Krieg gegen den Terror zu sammeln, zu analysieren und mit ihnen zu teilen“.

Zwar dementierten Titan-Mitarbeiter sofort, dass ihre Angestellten Gefangene in Abu Ghureib verhört hätten. „Wir stellen nur Übersetzer ein“, verteidigt sich Firmenchef Gene Ray, was auch mit dem Web-Auftritt übereinstimmt, wo lediglich „sprachliche Unterstützung für militärische Operationen“ angeboten wird.

Die Stellenangebote von CACI sind dagegen von unüberbietbarer Offenheit. Die Firma mit 7600 Angestellten und einem Jahresumsatz von knapp 845 Millionen Dollar sucht für den Irak, aber auch für Afghanistan und das Kosovo dringend „Verhörspezialisten“. Die Bewerber sollen in der Lage sein, Häftlinge „örtlicher Nationalität effektiv zu interviewen“ bei allenfalls „moderater Aufsicht“.

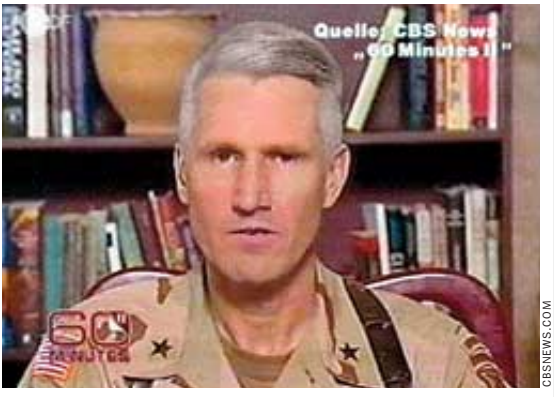
Eindeutig wenden sich die Stellenangebote an ehemalige CIA-Mitarbeiter, von denen viele in nächster Nähe des Firmensitzes leben. Vorausgesetzt werden „Erfahrungen bei der Durchführung taktischer und strategischer Verhöre in Übereinstimmung mit örtlichen Vorschriften sowie Verfahrensregeln des Verteidigungsministeriums“.

Die im Zweifel nicht immer beachtet werden. Der Ermittlungsbericht, der jetzt zur Anklage der sechs Militärpolizisten führte,

CBSNEWS.COM

Amerikanische Bewacher, nackte irakische Gefangene: *Verstoß gegen die Genfer Konvention*

belastet unter anderen einen privaten Verhörspezialisten, der sich damit brüstete, „während der Vernehmungen mehrere Tische zerbrochen zu haben". Das sei zwar „unbeabsichtigt" geschehen, aber doch mit dem Ziel, den Gefangenen „Furcht einzuflößen". Die Schuld an den Misshandlungen versuchen die Ermittler denn auch zumindest teilweise den privaten Verhörspezialisten in die Schuhe zu schieben: „Ein CACI-Instrukteur wurde entlassen, weil er es zuließ und/oder den Militärpolizisten sogar befohlen hat, die Verhöre unter Bedingungen zu ermöglichen, die weder autorisiert waren noch in Einklang mit anwendbaren Regulierungen standen."



CBSNEWS.COM

US-General Kimmitt
Öffentliches Bedauern

Wird nun im Zeitalter des Outsourcing auch die Zuständigkeit für Recht und Gesetz ausgelagert? Behält die US-Regierung saubere Hände, nur weil sie nicht weiß oder wissen will, was ihre Subunternehmer so alles anstellen? Dass die USA im Namen ihres weltweiten Kampfes gegen den Terror zuweilen die herkömmlichen Normen eines Rechtsstaats außer Acht gelassen haben, ist unbestritten.

So wurden Terrorverdächtige auch schon mal befreundeten Geheimdiensten arabischer Nationen zum Verhör überlassen, die sich um die Wahrung von Menschenrechten weniger sorgen müssen als amerikanische Staatsbedienstete. Dass mit ähnlichem Effekt nun Privatfirmen eingesetzt werden, ist allerdings ein Markenzeichen der Regierung von George W. Bush, die wie keine vor ihr die Privatisierung staatlicher Funktionen vorangetrieben hat – vor allem die Privatisierung des Krieges.

Im Irak-Feldzug wird nämlich auch ausgetestet, wie viele militärische Aufgaben privater Unternehmergeist den Streitkräften abnehmen kann. Anders wäre der schlanke Krieg, den etwa Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mit vergleichsweise kleinen, schlagkräftigen Streitkräften führen möchte, gar nicht möglich.

Längst sind es ja nicht mehr nur die 135 000 amerikanischen Soldaten, ihre 11 000 britischen Alliierten sowie rund 15 000 Verbündete aus der Schar der auf 33 Staaten geschrumpften „Koalition der Willigen", die im Irak einen Krieg führen, den es eigentlich längst nicht mehr geben sollte und der dennoch jeden Tag mehr Opfer fordert.

Das zweitgrößte Kontingent im Irak, derzeit etwa 25 000 Söldner und andere Militärdienstleister, nutzt die Möglichkeit, am Krieg zu verdienen. Ein wahrhaft globalisiertes Unternehmen: Ganz ähnlich wie muslimische Fundamentalisten aus aller Welt in den Irak strömen, um dort zum Dschihad gegen die Amerikaner anzutreten, eilen auch Söldner aus aller Herren Länder ins Zweistromland, deren Goldschürfermentalität dort „ein neues Klondike" versprochen wurde – neben amerikanischen und britischen Ex-Militärs vor allem Südafrikaner, ehemalige Gurkhas aus Nepal, alte Rhodesien-Kämpfer und sogar Freiwillige aus dem Südseeparadies Fidschi.

Da möchten auch Deutsche nicht zurückstehen: Jetzt will die in Lübeck beheimatete Sicherheitsfachschule des Baltic Safety Network erstmals deutsche Söldner für den Einsatz im Irak ausbilden. Über 280 Bewerbungen für den Lehrgang sind bereits beim Veranstalter eingetroffen.

Zusätzlich zu diesen Privatkriegern, die vornehmlich aus dem Einsatz ihrer eigenen Existenz Kapital schlagen wollen, haben Militärdienstleister neuen Stils den Irak überschwemmt. So hat die Firma Kellog

Brown & Root (KBR), ein Tochterunternehmen des amerikanischen Öldienstleisters Halliburton, die gesamte Logistik für die Expeditionsstreitmacht der Amerikaner übernommen. Die Kollegen der Vinnell Corporation – hochdekorierte Ex-Militärs mit einem Firmensitz wenige Kilometer vom Pentagon entfernt – erhielten den Auftrag, die neue irakische Armee auszubilden. Die Konkurrenten von DynCorp trainieren die neue irakische Polizei. „Imperialismus light“, kritisieren Spötter den Versuch der Besatzungsmacht, das Chaos im Irak durch private Firmen beseitigen zu lassen.

Mitarbeiter der Olive Security aus Großbritannien, die während des Kriegs Kamera-Crews der internationalen Fernsehstationen schützten, sicherten unter anderem die Baustellen des kalifornischen Bauriesen Bechtel, der Milliardenaufträge für den Wiederaufbau ergattern konnte. Direktor dieser Schutztruppe ist der ehemalige Offizier der Welsh Guards, Harry Legge-Bourke, ein Ski-Partner von Prinz Charles. Er sagt: „Hier gibt es jede Menge zu tun. Von unserem Standpunkt aus wird es besser und besser.“

Ein „Goldrausch“ sei im Nachkriegs-Irak ausgebrochen, berichtet auch eine Kollegin von Bourke, Anne Tiedemann, eine Geschäftsführerin der amerikanischen Sicherheitsfirma Kroll. „Niemand hat vorausgeahnt, wie viele Gefahren hier drohen.“

Die Besatzungsarmee der Amerikaner und ihrer Verbündeten habe genug damit zu tun, sich selbst zu schützen. „Das US-Militär kann die Sicherheit nicht gewährleisten“, sagt Tiedemann. „Das musste sie an den Privatsektor weiterreichen – das ist unsere Chance.“

Und die wird freudig ergriffen.

Eine Revolution hat da stattgefunden, weitgehend unbemerkt, aber mit Folgen, die geeignet sind, die Grundlagen im Selbstverständnis demokratischer Staaten zu erschüttern. Private Firmen, Großkonzerne ebenso wie undurchsichtige Klitschen, Universitätsexperten ebenso wie Abenteurer übernehmen rund um den Globus militärische Serviceleistungen, in größerem Umfang als je zuvor. Ihre Jahresumsätze addieren sich weltweit bereits auf mehr als 100 Milliarden Dollar, was dem Bruttosozialprodukt einer Mittelmacht wie Israel entspricht.

Private Anbieter schaffen die Infrastruktur des Krieges, bauen Unterkünfte, übernehmen den Nachschub von Waffen und Material. Sie versorgen die Truppen mit Lebensmitteln, liefern die Post aus, säubern die Latrinen. Sie sichern Stützpunkte und bieten Luftaufklärung genauso wie Personenschutz an. Sie übernehmen die Ausbildung von Kombattanten und unterrichten die Offizierskorps junger Staaten.

Die Krieg-GmbHs halten modernste Waffensysteme einsatzbereit, auch für die Supermacht USA. Die „Stealth“-Kampfflugzeuge vom Typ B-2 und F-117A werden von Zivilisten gewartet, beladen und repariert, die Joysticks der Wunderdrohnen „Predator“ oder „Global Hawk“ von privaten Experten bedient, die Hunderte oder Tausende Kilometer entfernt von der Front in einem Gefechtsstand sitzen.

Sie wollen Außenseiter sein und bleiben – unnahbar, geheimnisvoll, und gefährlich.

Die privaten Militärfirmen (PMF) entwickeln militärische Strategien, die sie überall auf der Welt verkaufen, ihre Broschüren und Internet-Auftritte brüsten sich mit umfassender militärischer Kompetenz selbst im Bereich „nuklearer Planung“. Sie heuern Personal an, etwa um Luftangriffe für arme afrikanische Länder zu fliegen, und liefern die Waffensysteme gleich mit. Und dort, wo die Staaten sich nicht selbst schützen können, haben die Krieger auf eigene Rechnung schon Kämpfe ausgefochten und Rebellen niedergerungen (siehe Seite 138).

„Weniger Staat“ – der Schlachtruf der Privatisierer in aller Welt gilt inzwischen auch in dem Bereich, in dem die ausschließliche Verfügungsgewalt des Staats lange Zeit unbestritten blieb. „Alle Berufe werden bis zu einem gewissen Grad vom Staat reguliert“, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington gelehrt, „aber der Beruf der Militärs wird vom Staat monopolisiert.“

Nicht länger. Schon profitieren die Privaten auch vom globalen Krieg gegen den Terrorismus: Jene so genannten ungesetzlichen Kombattanten auf dem US-Stützpunkt Guantanamo sitzen in Gefängniszellen, die ebenfalls KBR errichtet hat. „Diese Industrie ist so sehr Teil des militärischen Geschäfts geworden“, brüstete sich der Washingtoner Cheflobbyist der Mutterfirma Halliburton, George Sigalos, „dass die Regierung diesen Job ohne uns gar nicht mehr erledigen kann.“

Am sichtbarsten im irakischen Alltagschaos sind jene Glücksritter, die mit dem Personenschutz ihr Geld verdienen. Sie sind allgegenwärtig und führen sich auf, als wären sie die wahren Herren im Lande. Welche Waffe sie auch immer in ihren Armen wiegen – ein amerikanisches Sturmgewehr vom Typ M-16, wahrscheinlicher aber eine israelische Uzi, vielleicht sogar nur die billige, aber verlässliche russische Kalaschnikow –, ihre Augen verstecken sie stets hinter Sonnenbrillen. Etwas anderes als die US-Marke Oakley kommt derzeit nicht in Frage.

CHRIS HELGREN / AP (L.); PATRICK BAZ / AFP (R.)

Pentagon-Vize Wolfowitz (M.) im Abu-Ghureib-Gefängnis*: *„Moderate Aufsicht“*

* Mit der vergangene Woche ihres Amtes enthobenen Gefängnisdirektorin Janis Karpinski (l.) am 20. Juli 2003.

Hubschrauber-Scharfschütze der Sicherheitsfirma Blackwater über Bagdad: *Munitionsnachschub abgeworfen*

Die teuren Gläser sind der dunkle Sehschlitz eines imaginären Tarnhelms: Niemand soll wissen, wer gerade ins Visier genommen wird, schon gar kein „raghead“, kein Lappenkopf, wie die Iraker wegen der Kopfbedeckung traditioneller Sunniten und Schiiten bei ihnen heißen. Nichts bewahrt die Aura des Bedrohlichen, Abschreckenden so wie diese Brillen, zumal in einer arabischen Gesellschaft, in der Freunde wie Gegner stets den Augenkontakt suchen. Sie wollen Außenseiter sein und bleiben – unnahbar, geheimnisvoll, gefährlich.

Natürlich tragen sie alle schusssichere Westen, die auf ihren muskelbepackten Oberkörpern zuweilen aussehen, als wären sie in der Wäsche eingelaufen. Ihre Pistolenhalfter haben sie nach Kommando-Art an die Schenkel gebunden. Nur mit einem richtigen Kevlar-Helm würden sie sich ums Verrecken nicht blicken lassen. Helme sind was für Soldaten, für „grunts“, für jene armen Schweine also, die im Monat bei weitem nicht das haben, was sie für ihre Dienste hier an drei Tagen verdienen können – bis zu 4500 Dollar nämlich, netto.

Alles an ihnen schreit „Special Forces“: das Macho-Gehabe, ihre kühle, zynische Sprache, die unzählige Euphemismen für die Wirkung ihrer Waffen kennt, das Herauskehren cooler Professionalität. Und doch: Fast alle sind bereits ein wenig zu alt für aktive Mitgliedschaft bei den legendären Eliteeinheiten der US-Streitkräfte. Sicher, viele kommen in der Tat von den Navy Seals, der Delta Force, den Green Berets oder auch den britischen SAS-Kommandos. Das liegt allerdings hinter ihnen, und jetzt dienen sie privaten Unternehmen mit mindestens ebenso geheimnisvollen Namen wie Blackwater Security, Centurion, Global Risk.

Um Angreifern kein Ziel zu bieten, benehmen sich die privaten Sicherungstrupps nicht viel anders als die Eskorten des gestürzten Despoten und seiner Satrapen. Mit ihren Schutzbefohlenen, den Managern der internationalen Aufbaufirmen, brettern sie in ihren schweren, geländegängigen Wagen die Autobahn von Kuweit nach Bagdad hoch, im Konvoi, mit 120 Meilen die Stunde. Als Überlebensregel gilt: auf keinen Fall abbremsen, und schon gar nicht in Nassirija, wo die Stimmung gegenüber Westlern auch nicht freundlicher ist als in Falludscha. „Es gibt keinen denkbaren Grund zu stoppen“, ist den Fahrern eingebläut worden. „Wenn euer Fahrzeug bei einem Angriff liegen bleibt, geht mit dem Fuß von der Bremse, wir rammen euch aus der Gefahrenzone heraus.“

Ein Anstellen an den langen Schlangen vor irakischen Tankstellen ist für das Korps der privaten Bodyguards undenkbar. Also werden die Zapfsäulen gestürmt, die wartenden Einheimischen demütigend mit Waffen in Schach gehalten, und in der Sekunde, in der der Tank voll ist, rasen die Herren des neuen Universums weiter – eine besonders effiziente Art, sich Feinde zu machen.

Das haben diese Konvoi-Cowboys spielend geschafft, und dafür zahlen sie jetzt auch: zuweilen mit ihrem Leben. In Falludscha hat es Anfang vorigen Monats gleich vier Kollegen der amerikanischen Sicherheitsfirma Blackwater erwischt, die in der Sunniten-Hochburg 50 Kilometer westlich von Bagdad in eine Falle gelockt worden waren.

Allem Anschein nach starben sie schnell im Feuerüberfall der Aufständischen, und das war vielleicht sogar ein Segen: Fotografen, die wundersamerweise schon nach wenigen Minuten am Tatort auftauchten, schossen grauenhafte Bilder. Die Leichen wurden aus den Wagen gezerrt, bespuckt, getreten, verbrannt, zwei von ihnen schließlich zerstückelt. Die beiden anderen wurden unter dem Gejohle des inzwi-

Gladiatoren zu vermieten

Private Einsatztrupps mischen weltweit bei Bürgerkriegen und Krisen mit – und machen dabei kräftig Kasse.

Wo immer Staaten scheitern und kein Recht mehr gilt, blüht eine Branche auf: Private Militär-Firmen, kurz PMF genannt, sind seit den neunziger Jahren auf kraftvollem Expansionskurs.

Beispiel Sierra Leone 1995: Seit vier Jahren tobt ein Bürgerkrieg. Die reichen Diamantenminen, Lebensader der ansonsten bitterarmen Nation, befinden sich längst in Rebellenhand. Die Revolutionary United Front (RUF) stürzt das Land in Anarchie. Banden marodieren, nachts löschen sie ganze Dörfer aus. Enthemmte Kindersoldaten führen ein Schreckensregiment. Von Macheten abgehackte Gliedmaßen sind Markenzeichen ihres Terrors.

Als die Soldateska 20 Kilometer vor dem Regierungssitz in Freetown steht, wohin sich Zehntausende geflüchtet haben, scheint ein finales Massaker nur noch eine Frage von Tagen. Da fliegt, wie die weißen Ritter der Sagenwelt, eine geheimnisvolle Truppe ein. Mit präzisen Attacken aus der Luft schlägt sie zu. Der ersten Welle folgen Kampfhubschrauber und Panzer.

Knapp zwei Wochen benötigen die Profis, dann sind die Minen zurückerobert und die Machtzentren der RUF überrannt. Nur 160 Mann – ohne Hoheitszeichen, Flaggen oder Nationalfarben – haben einen zahlenmäßig weit überlegenen Feind vernichtend geschlagen. Angeheuert hatte sie die schwer bedrängte Regierung. Executive Outcomes (EO), eine südafrikanische Söldnerorganisation, rekrutierte die Kämpfer, zwischen 35 und 60 Millionen Dollar kostete der Einsatz.

Effizient wie Großkonzerne organisieren Söldnerfirmen Hilfe – für fast jeden, der zahlt.

Wenig später erbot sich EO, im Auftrag der Uno den sich in Ruanda abzeichnenden Genozid zu verhindern. Dort flohen Tutsi vor Hutu-Kämpfern, und die EO-Strategen legten detaillierte Pläne zur Trennung der Volksgruppen vor. Flüchtlingen sollte ein sicherer Korridor geöffnet werden, doch Uno-Generalsekretär Kofi Annan vertraute auf die Staatengemeinschaft und lehnte ab: „Die Welt ist womöglich noch nicht bereit, die Wahrung des Friedens zu einer Privataufgabe zu erklären."

Peter W. Singer, Autor einer umfassenden Studie über die PMF*, glaubt heute, EO hätte „Hunderttausende Menschen retten können". Private Hilfe ist meist viel schneller vor Ort als eine staatlich oder gar international organisierte Eingreiftruppe.

Dennoch ist das keiner Überzeugung, sondern nur geschäftlichen Interessen folgende Engagement der privaten Krisenmanager umstritten. Fakt ist, dass Afrika, wo einst Söldner vom Schlage eines „Kongo-Müller" ihr Unwesen trieben, eines der lukrativsten Einsatzgebiete ist. Effizient wie Großkonzerne organisieren PMF Hilfe, auch bewaffnete – für nahezu jeden, der bezahlt.

Allein am angolanischen Bürgerkrieg beteiligten sich von 1975 bis 2003 rund 80 solcher Firmen, ausgemusterte Gladiatoren aus aller Herren Länder: französische Fremdenlegionäre, südafrikanische Fallschirmjäger, ukrainische Piloten, nepalesische Gurkha.

Executive Outcomes hatte 1993 den Anfang gemacht. EO-Piloten flogen angolanische Kampfjets, EO-Offiziere führten Einsätze gegen die Rebellen der Unita. Eine Konkurrenzfirma, International Defense and Security (Idas), konzentrierte sich auf den Schutz der ergiebigen Diamantenfelder. Airscan, die amerikanischen Spezialisten für private Luftaufklärung, schickte Spionageflugzeuge, während zwei andere angelsächsische Unternehmen, Ronco und DSL, vor allem Minenfelder räumten.

Auch die Unita warb fremde Ausbilder und Spezialisten für Panzer und Artillerie an. Gegen Zusicherung von Ölkonzessionen stellten ukrainische Firmen sogar eine kleine Flotte von MiG-27 und MiG-21 sowie Mi-24-Kampfhubschraubern zur Verfügung, einschließlich der Piloten.

Im Kongo, dem früheren Zaire, hatten alle Bürgerkriegsparteien private Militär-Firmen engagiert. Die französische PMF Geolink konnte allerdings die Niederlage von Diktator Sese Mobutu gegen seinen Rivalen Laurent Kabila nicht verhindern. Kabila wiederum stützte sich, als er in Bedrängnis geriet, auf EO-Spezialisten. Seine Gegner, ehemalige Mobutu-Anhänger sowie die Nachbarstaaten Ruanda und Uganda, heuerten die Firma Stabilco und ein anderes südafrikanisches Unternehmen an. Avient, ein US-Team, führte Luftschläge für Simbabwe aus, einen weiteren Teilnehmer am großen zentralafrikanischen Krieg.

PMF sind ein globales Milliardengeschäft. Vor allem an der Bewachung von Ölfeldern und Minen verdienen sie gutes Geld, häufig sogar doppelt. Ihre Auftraggeber vergeben Schürfrechte schon mal an Firmen, die mit den Schutztruppen eng verbunden sind. „Die Privaten heizen die Konflikte in Zentralafrika eher an", glaubt deshalb die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie. Voriges Jahr stellte Frankreich alle Arten von Söldnertum unter Strafe.

AP

Deutscher Söldner Müller im Kongo (um 1965),

Großbritannien will ebenfalls die geschäftstüchtigen ehemaligen Militärs und Geheimdienstler unter Kontrolle bringen. Als 1997 aber die Regierung von Sierra Leone gestürzt wurde, verhalf das einschlägige Londoner Unternehmen Sandline International dem Präsidenten Kabbah wieder zur Macht – mit heimlicher Billigung der britischen Regierung.

Auch auf dem Balkan weisen PMF verblüffende Erfolge auf. Drei Jahre lang hatten Belgrads serbische Streitkräfte ihre bosnischen und kroatischen Gegner auf-

* „Corporate Warriors". Cornell University Press, Ithaca und London; 330 Seiten; 39,95 Dollar.

gerieben. Schlecht ausgerüstet und noch schlechter ausgebildet, konnten die Feierabendsoldaten den Serben nichts entgegensetzen. Doch im Frühjahr 1995 wendete sich das Blatt. In einer bis dahin auf diesem Schauplatz unbekannten Blitzaktion eroberten kroatische Truppen die von den Serben besetzte Krajina zurück. Statt einer überforderten Miliz traten bei der „Operation Sturm“ gut bewaffnete und geschulte Profis an.

Kein Zufall: Experten der Washingtoner Firma MPRI hatten trotz Uno-Embargo mit Billigung der US-Regierung die Ausbildung der kroatischen Streitkräfte übernommen. Das Unternehmen, das heute vom früheren US-Heeresstabschef Carl Vuono geleitet wird, einem der engsten Freunde von Außenminister Colin Powell, wies zwar offiziell jede Beteiligung zurück. Wie kriegsentscheidend der Einsatz eingeschätzt wurde, machten jedoch die bosnischen Muslime wenig später in Dayton deutlich. Sie wollten ein Friedensabkommen nur unterzeichnen, wenn sie ebenfalls MPRI-Hilfe bekämen.

Praktisch alle US-Stützpunkte im Ausland werden heute von PMF aufgebaut und zumindest auf dem Balkan auch bewacht. In Afghanistan schützt die Firma DynCorp derzeit den höchst gefährdeten Präsidenten Hamid Karzai, während die USA auf der anderen Seite der Erde, in Kolumbien, den Krieg gegen Drogenbosse und Guerilleros in hohem Maße privatisierten. Von den 370 Millionen Dollar im Rahmen des „Plan Colombia“ 2002 zur Drogenbekämpfung floss fast die Hälfte an PMF. Insgesamt stehen 17 Firmen für 23 Projekte unter Vertrag.

Meist sind es Kriegsveteranen, ehemalige CIA-Agenten und pensionierte Piloten der Air Force, die Hightech-Geräte und Hubschrauber warten, Sprühflugzeuge beim Einsatz gegen Koka-Plantagen begleiten oder den Urwald ausspähen. Auch peruanische Ex-Militärs und Spezialisten aus Mittelamerika fliegen im Auftrag Washingtons Einsätze gegen die Guerilla.

Erst im September vergangenen Jahres wurde ein Spionageflugzeug über Rebellengebiet abgeschossen. Die Maschine vom Typ OV-10 Bronco, die schon im Vietnam-Krieg zur Luftaufklärung eingesetzt wurde, sollte im Auftrag von DynCorp Koka-Felder finden.

Das Unternehmen mit Sitz in Reston, Virginia, ist der größte Auftragnehmer in Kolumbien und schon seit 1997 im Land. Für die logistische Hilfe beim Ausrotten von Koka-Plantagen und die Schulung kolumbianischer Piloten auf US-Gerät erhält sie rund 80 Millionen Dollar im Jahr. DynCorp-Leute sind auch für Befreiungsaktionen gekidnappter Amerikaner zuständig.

Während die 300 in Kolumbien stationierten US-Soldaten offiziell angewiesen wurden, sich aus Kriegshandlungen herauszuhalten, riskieren private Haudegen bereitwillig für etwa 10 000 Dollar im Monat ihr Leben. Sie unterliegen keinem strengen Militärcode, Washington ist nicht direkt für sie verantwortlich, und auch Verluste fallen weniger ins Gewicht.

„Wenn Private umkommen, können wir sagen, sie zählen ja nicht zu den Streitkräften“, bekennt der ehemalige US-Botschafter in Kolumbien, Myles Frechette.

Jens Glüsing,
Siegesmund von Ilsemann

schen herbeigeeilten Mobs an der Brücke über den Euphrat aufgehängt.

Nur wenig später lieferten sich acht andere Angestellte der Bodyguard-Schmiede aus North Carolina ein 24-stündiges Feuergefecht mit radikalen Schiiten-Milizen, die ihren Compound in Nadschaf umzingelt hatten. Weder amerikanische noch die in der Nähe stationierten spanischen Soldaten kamen den Privatkriegern zu Hilfe.

Schließlich löste die US-Firma die Bredouille ihrer bedrohten Angestellten auf die gleiche Art wie die US-Armee: Sie schickte Luftunterstützung. Ein Firmenhubschrauber warf Munitionsnachschub ab und evakuierte einen Verwundeten. Als sich die Angreifer schließlich zurückzogen, feierte Blackwater die Revanche für die Opfer von Falludscha – ein gewonnenes Scharmützel in ihrem Privatkrieg auf Staatskosten. Die Blackwater-Profis haben schließlich besondere Gründe, auf ihr Renommee zu achten. Ihre Wächter sorgen auch dafür, dass der amerikanische Prokonsul im Irak, Paul Bremer, seinen Job lebend übersteht.

Krieg als Geschäft ist nichts Neues. Schon zu Hochzeiten des britischen Imperialismus hatte sich Königin Victoria auf ihre Gurkha-Soldaten aus Nepal verlassen. Auch von den 135 000 amerikanischen Soldaten im Irak sind etwa 40 000 gar keine US-Staatsbürger. Es sind Immigranten vor allem aus Lateinamerika, denen eine Greencard die Arbeit als heimliche Söldner und die Aussicht ermöglicht, später US-Staatsbürger zu werden. Doch die Ausweitung der militärischen Dienstleistungen zu einem modernen internationalen Industriezweig konnte sich erst nach dem Ende des Kalten Kriegs durchsetzen.

Der Zusammenbruch des Warschauer Pakts schuf auf beiden Seiten des Eiser-

VENTER ALJ. / GAMMA / STUDIO X (M.); KIMIMASA MAYAMA / REUTERS / ELANCE MEDIA (R.)

Südafrikaner in Sierra Leone (1995), afghanischer Präsident Karzai mit Personenschützern (2003): *Haudegen aus aller Herren Länder*

nen Vorhangs die Bedingung für den Boom der Kriegsunternehmen.

Auf bis zu sieben Millionen wird die Zahl der Soldaten geschätzt, die weltweit seit der großen Zeitenwende von 1989 in ein ungewisses Zivilleben entlassen worden sind: Von den gewaltigen Heerscharen der früheren Sowjetmacht existiert heute nur noch ein kläglicher Rest. Ganze Armeen, wie etwa die NVA der DDR, haben sich aufgelöst. Im Sold Ihrer Britischen Majestät stehen heute etwa ein Drittel weniger Uniformierte als während des Kalten Kriegs. Und selbst die einzige verbliebene Supermacht USA gebot noch 1990 über ein um 50 Prozent größeres Militär. Lediglich 1,4 Millionen Soldaten bringen die US-Streitkräfte heute auf.

Viele der ausgemusterten Soldaten sind nur zu gern bereit, ihre Fachkenntnisse Gewinn bringend zu vermarkten. „Ein paar Telefonanrufe reichen, um diese Jungs zu mobilisieren", sagt Roy Kaulback von der Fachzeitschrift „Jane's Intelligence Review".

Die großen Militärmächte, die ihren Landsleuten eine immense Friedensdividende versprochen hatten, zeigten nur wenig Neigung, sich in die überall auf dem Globus ausbrechenden Kleinkonflikte einzuschalten. Die CNN-Bilder der durch die Straßen von Mogadischu geschleiften Leiche eines getöteten US-Soldaten reichten aus, um sogar die Weltmacht von ihrem Engagement in Somalia abzubringen. Der Leichenbestatter, der damals den geschundenen Körper für die Bestattung wieder herrichtete, war bereits ein Angestellter des Dienstleisters KBR.

Inzwischen scheint der Grundsatz zu gelten: Was privatisiert werden kann, wird auch privatisiert. Und die lukrative Branche wird weiter wachsen, solange ein überzeugter Deregulierer wie Pentagon-Chef Donald Rumsfeld das Sagen hat.

Der hat es sich mit vielen seiner eigenen Militärs verdorben, weil er immer wieder darauf hinweist, dass die großen Millionenheere, die gewaltigen Materialschlachten durch den Stand der Technik längst überflüssig geworden sind. Die Panzergefechte waren gestern; heute ist der Sturmlauf auf Bagdad, das Vertrauen auf kleine, bewegliche, computerunterstützte Verbände, die Rückkehr zur Kernkompetenz – dem Ausschalten des Gegners. Das ist, nach Rumsfeld, die Zukunft des Krieges, und der kann ohne Private nicht mehr geführt werden. „Jede Funktion, die vom privaten Sektor übernommen werden kann", schreibt der Pentagon-Chef, „ist keine Kernfunktion der Regierung."

ANTONIO SCORZA / AFP

Irakische Aufständische, getöteter US-Tankzugfahrer: *„Kostenloser Leichensack"*

Nirgendwo hat sich die Szene der militärischen Dienstleistungsanbieter deshalb so weit gefächert ausgebildet wie in den USA. Dort sind die Marktführer des Kriegsgewerbes längst unter die Fittiche riesiger Konzerne geschlüpft. Der Rüstungshersteller Northorp Grumman, der Kommunikationskonzern Level 3, der Öldienstleister Halliburton – sie alle haben sich ihre eigenen PMF zugelegt.

Lange galt in Washington die Spöttelei, der Krieg sei viel zu wichtig, um ihn Generälen zu überlassen. Doch seit Spitzenmilitärs die Vorstandsetagen bevölkern, erinnern die sich gern an ihre guten Verbindungen zur Politik, wodurch der amerikanische Kumpelkapitalismus immer neuen Schwung erhält.

Die Zahl derjenigen Republikaner, die über Jahrzehnte an entscheidender Stelle Energie-, Nahost- und Militärpolitik betrieben, ist seit Ronald Reagan übersichtlich geblieben. Und im Wechsel zwischen Regierungsämtern und Chefetagen bedenken die Akteure stets ihre alten Freunde. 1983 etwa schickte Reagans Außenminister George Shultz seinen persönlichen Gesandten Donald Rumsfeld in den Irak, auch um bei Saddam Hussein für eine neue Pipeline zum jordanischen Hafen Akaba am Roten Meer zu werben. 20 Jahre später kann Rumsfeld der Firma Bechtel – für die George Shultz bis heute im Aufsichtsrat sitzt – einen Milliardenauftrag zum Wiederaufbau im Irak spendieren.

Eines der schillerndsten Blütengewächse in diesem Sumpfgelände ist der Konzern Halliburton samt seiner Tochter KBR. Die Firma lieferte – über ihre ausländischen Töchter Dresser-Rand und Ingersoll Dresser Pump Company – Ausrüstungen für die irakische Ölförderung unter Saddam Hussein. Sie verdiente aber auch Geld an den Vorarbeiten zum Feldzug gegen den Diktator und ist in Sachen Logistik und Wiederaufbau der derzeit wichtigste Auftragnehmer im von den Amerikanern besetzten Irak.

1992 vergab der damalige Verteidigungsminister und heutige Vizepräsident Dick Cheney der Firma Brown & Root den Auftrag, herauszufinden, welche militärischen Dienstleistungen besser von Privatfirmen übernommen werden könnten. Das Unternehmen, heute Kellog, Brown & Root, hatte sich mit Großprojekten für die Regierung seit ihrer Gründung 1919 einen guten Namen gemacht.

Wenig überraschend fand KBR schnell heraus, dass gut ausgebildete Soldaten zum Latrinensäubern und Kartoffelschälen zu teuer sind. Schon im selben Jahr durfte dann die Firma den GIs derart niedere Arbeiten abnehmen. KBR erhielt den ersten einer ganzen Reihe so genannter Logcap-Verträge. Die Firma mit dem Hauptsitz im texanischen Houston liefert Dienstleistungen – vom weltweiten Stützpunktbau bis zur Wartung der Kommunikations-Hardware – zu Selbstkosten und erhält dafür Provisionen zwischen einem und neun Prozent des Auftragsvolumens. 1995, als der Demokrat Bill Clinton regierte, wurde Cheney, der KBR den glänzenden Neustart ermöglicht hatte, Chef der Konzernmutter Halliburton.

Ob sich die Übertragung des Irak-Kriegs an Subunternehmer finanziell lohnt, darüber wird in den kommenden Jahren wohl der Rechnungshof zu befinden haben. In der Vergangenheit jedenfalls hat die Behörde den Streitkräften vorgeworfen, nicht sorgfältig genug auf die Kosten zu achten, die ihre Subunternehmer verursachen: „Die Armee und einschlägige Beamte haben die Kostenaufstellungen in der Regel akzeptiert, ohne die Qualität der Dienstleistungen zu hinterfragen", rügten die Prüfer das Pentagon.

Bodyguard nach einem Anschlag auf der Flughafenstraße von Bagdad: *Licence to kill*

C. AZIZ / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Sicher dagegen ist: Je teurer das Produkt, desto höher die Provision. Militäraufträge öffnen Privaten nur allzu oft den freien Zugriff auf die Staatskasse. So bestellte das Pentagon im vergangenen Herbst bei KBR Eis für die vor allem später unter der Sommerhitze leidende Truppe: „Der Auftragnehmer soll Eis aus Trinkwasser herstellen oder von Subunternehmern beziehen und ausliefern“, heißt es ziemlich vage in dem Vertrag.

KBR verlegte sich auf die De-luxe-Variante: Im Süden Kuweits wurde eine gewaltige Eisfabrik aus dem Boden gestampft. Mit zwei industriellen Eismaschinen aus Texas können 28 Angestellte 40 Tonnen Eiswürfel Tag für Tag rund um die Uhr produzieren. Ein begehbarer Gefrierraum und ein eigenes Ladedock sorgen dafür, dass KBR-Lastwagen GIs im Irak mit gefrorenem Nass versorgen können. Wie viel Geld eingespart werden könnte, belegt dagegen ein Fall, in den KBR-Mutter Halliburton verwickelt war: Die hatte für die Instandsetzung einer Ölanlage 15 Millionen veranschlagt. Da diese Summe nicht zur Verfügung stand, wurde ein irakisches Unternehmen beauftragt. Es erledigte den Job für nur 80 000 Dollar.

„Möglicherweise sind Söldner den Gesetzen der Kriegführung unterworfen, oder aber auch nicht.“

Zum Sparen gibt es für KBR & Co. gar keinen Anreiz. Ein Prozent des Auftragsvolumens dürfen sie als Profit ihren Gestehungskosten zuschlagen – je teurer die Unternehmen arbeiten, desto höher ihr Gewinn.

Längst ist die so geschürte Selbstbedienungsmentalität dermaßen auffällig, dass nun sogar das Pentagon auf die Bremse tritt: Von den fast 3 Milliarden Dollar, die der Großauftragnehmer Halliburton bislang in Rechnung gestellt hat, wurden 1,2 Milliarden nicht erstattet.

Gegen KBR laufen gleich mehrere Untersuchungen wegen überhöhter Preise und Betrugs. Millionen wurden für Mahlzeiten in Rechnung gestellt, die nie serviert wurden, Benzin aus Kuweit wurde zu Preisen geliefert, die sogar weit über denen an Zapfsäulen in den fernen USA lagen. Zulieferer von KBR beklagen die miserable Zahlungsmoral der Texaner.

Seit die PMF immer einträglichere Aufträge einfahren, sind sie zur jüngsten Ausformung jenes „militärisch-industriellen Komplexes“ geworden, vor dem Präsident Dwight Eisenhower die Nation bei seinem Abschied gewarnt hat. Den Fünf-Sterne-General und Sieger im Zweiten Weltkrieg plagte die Angst, Amerikas Rüstungsindustrie werde sich permanent etablieren und eine unentwirrbare Symbiose mit den Streitkräften eingehen. Nun haben die engen Beziehungen zwischen den Militärs und ihren Subunternehmern neue gegenseitige Abhängigkeiten geschaffen, die nicht nur Regierungskritikern, sondern auch Parlamentariern und selbst Militärs Sorge bereiten.

In den martialischen Zeiten nach den Terroranschlägen von New York und Washington ist es auch für Parlamentarier fast unmöglich geworden, die Kontrolle über Militäreinsätze privater Firmen zu wahren. Die demokratische Abgeordnete Jan Schakowsky würde nur zu gern die Auswüchse etwa im Sicherheitsgewerbe beenden. Doch um gegen die Privaten vorzugehen, kann die Demokratin keine Verbündeten gewinnen – das könnte möglicherweise unpatriotisch aussehen. Die Firmen „unterstehen nicht der Kommandokette“, klagt die Abgeordnete, „möglicherweise sind sie den militärischen Gesetzen der Kriegführung unterworfen, möglicherweise aber auch nicht; die Verantwortlichkeiten sind nicht geregelt, und es fehlt jede Transparenz – aber das Geld fließt immer weiter“.

Für einen James Bond war es die „licence to kill“, die 007 freistellte vom biblischen Gebot: „Du sollst nicht töten.“ Den

„Mit einem Fuß im Grab“

Michael Grunberg, Sprecher für das Londoner Unternehmen Sandline International, über den Boom bei militärischen Jobs für Zivilisten und die Risiken

SPIEGEL: Herr Grunberg, Aufträge an private Militär-Firmen (PMF) werden nicht öffentlich ausgeschrieben. Wie verläuft eine typische Kontaktaufnahme?

Grunberg: Es gibt zwei Sorten von Klienten: einmal Regierungen, die sozusagen als Generalunternehmer PMF als Subunternehmer engagieren. Washington beschäftigt auf diese Weise eine ganze Reihe amerikanischer Firmen. Und dann gibt es Regierungen überall in der Welt, die Aufträge direkt vergeben. Daran sind wir in erster Linie interessiert. Die haben in der Regel von uns gehört, unsere Website besucht oder schon früher mal mit uns zusammengearbeitet und treten dann direkt an uns heran. Auf diesem Weg hat uns kürzlich ein nahöstlicher Staat mit der Prüfung der Sicherheit seiner gesamten Schifffahrtslinien beauftragt.

ELKE BOCK

Söldnerberater Grunberg: *„Der Markt ist leer gefegt“*

SPIEGEL: Wo liegt der Unterschied zum privaten Militäreinsatz à la Washington?

Grunberg: Oh, der ist riesig. Vor allem arbeiten US-Firmen mit voller Unterstützung ihrer Regierung. Das finden Sie sonst allenfalls ansatzweise noch in Frankreich oder Israel, aber sonst nirgendwo auf der Welt …

SPIEGEL: … weswegen Sandline jetzt erst mal alle Operationen stillgelegt hat?

Grunberg: Richtig. Wir können nicht mithalten, denn 90 bis 95 Prozent der Einkünfte der US-Unternehmen werden aus dem US-Haushalt bestritten. Dieser enge Regierungskontakt verschafft ungeheure Vorteile: Nigeria, immerhin Mitglied im Commonwealth, vergab einen Auftrag zur Stabsausbildung nicht etwa an ein britisches Unternehmen, sondern an die amerikanische MPRI, weil Washington die Hälfte der Kosten übernahm. Gibt es Schwierigkeiten in Abuja, fliegen keine MPRI-Manager, sondern US-Politiker ein und schlagen mit der Faust auf den Tisch. Präsident Clinton hat sogar im Weißen Haus seinem angolanischen Amtskollegen dos Santos ganz klar gesagt: „Ich möchte, dass statt Executive Outcomes künftig das amerikanische Unternehmen MPRI die Ausbildung Ihres Militärs übernimmt.“ Für die USA ist das ein strategischer Zug: Nigeria und Angola gehören zu Afrikas wichtigsten Erdölexporteuren.

SPIEGEL: Und wie steht es mit Umstürzlern, Exilgruppen, Befreiungsbewegungen. Helfen Sie denen, wenn das Geld stimmt?

Grunberg: Dieses Risiko würden wir nie eingehen. Wenn so etwas bekannt würde, wäre das unser letzter Auftrag. Solche Interessenten finden im Übrigen in Osteuropa oder Südafrika genügend Abenteurer, die für Geld alles tun. Unsere Männer wären dazu gar nicht bereit.

SPIEGEL: Wie rekrutieren Sie Ihre Truppe?

Grunberg: Wir unterhalten natürlich keine stehende Armee. Für uns arbeitet ein kleiner Stab kompetenter Experten. Für die meisten Jobs benötigen wir nur kleine Trupps, die wir fast immer aus früherer Zusammenarbeit kennen. Wenn wir doch mal jemanden aus dem großen Pool von uns noch nicht persönlich bekannten Interessenten nehmen – allein über das Internet erhielten wir bislang über 11 000 Bewerbungen –, unterziehen wir den einer rigorosen Prüfung, um sicherzugehen, dass er auch wirklich zu uns und unserem Job passt.

SPIEGEL: In der Regel hängen Sie sich nur ans Telefon und rufen Ihre Teams zusammen?

Grunberg: Genau. Allerdings funktioniert das nicht mehr seit dem Irak-Krieg.

SPIEGEL: Wieso?

ROBERT GROSSMAN / GALBE.COM

Ausbildung zairischer Soldaten durch Söldner (1997): *„Drecksarbeit mit der Waffe“*

Grunberg: Der Markt ist leer gefegt. Die im Irak gezahlten Gehälter sprengen alles bisher Bekannte. Spitzenleute können 1200 Dollar pro Tag verlangen. Kleine Firmen, drei Leute irgendwo in einem Schuppen oder in einem Washingtoner Büro, die für einen Job 250 trainierte Ex-Kommandosoldaten und 4000 lokale Hilfskräfte benötigen, haben keine Chance. Es gibt weltweit für derartige Einsätze nur ein sehr begrenztes Reservoir von gut ausgebildeten ehemaligen Kommandos. Leute, die früher bei uns 400 bis 500 Dollar pro Tag kassierten, sagen uns heute: „Tut mir Leid, Kamerad, im Irak kriege ich 1000."

SPIEGEL: In welche der drei Hauptgruppen, in die sich private Militär-Firmen unterteilen lassen, würden Sie Sandline eingruppieren: militärische Planung und Beratung, Versorgung und Nachschub oder aktive Einsatztruppe?

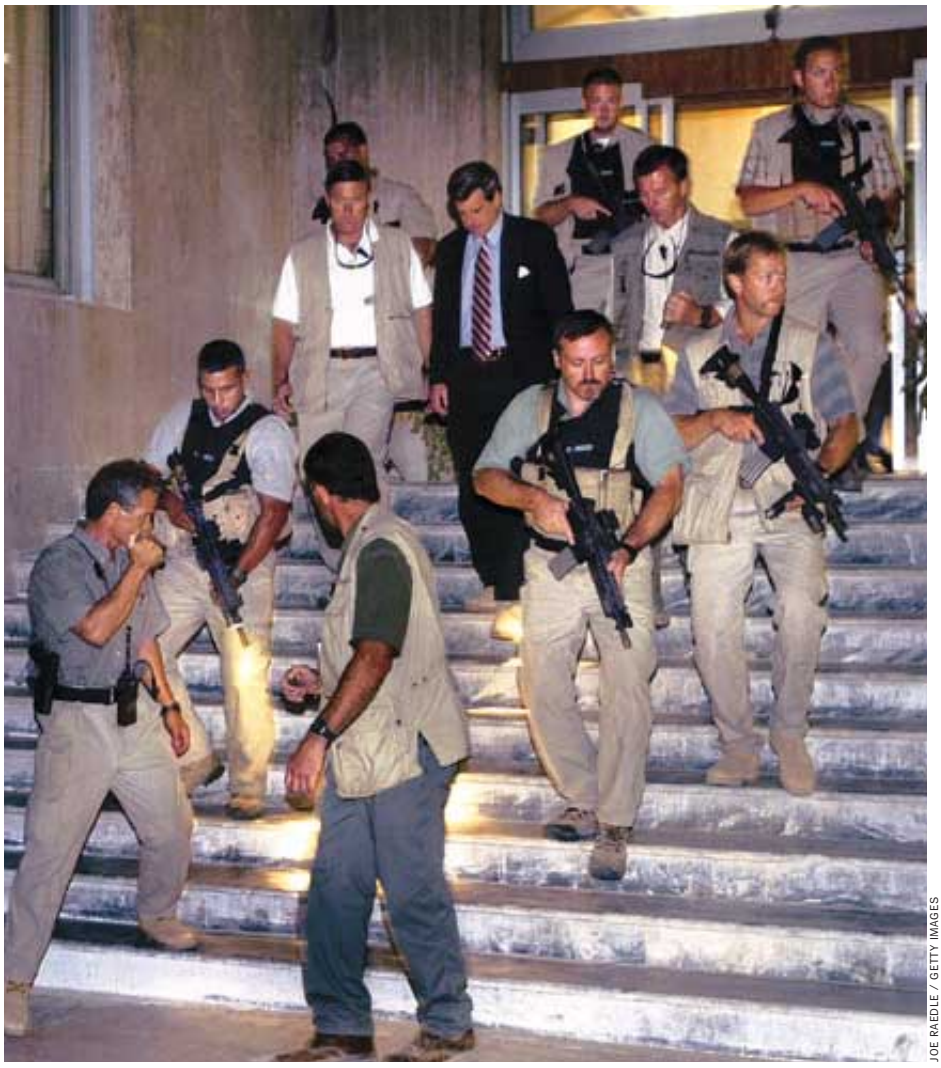
Grunberg: Sandline ist das einzige eingetragene Unternehmen, das sich öffentlich zu echten Kampfeinsätzen bekennt. Unser Interesse war stets der operative Einsatz. All die anderen Aufgaben, die das Militär jetzt an Private abtritt – Lagerverwaltung, Küchendienste, Nachschub, Reparaturen –, haben mit dem Militärischen kaum etwas zu tun. Militärische Dienstleistungen im engeren Sinne, echte PMF so wie wir, erleben zwar durch den Irak-Krieg einen ungeheuren Schub. Aber es ist Unsinn, uns, die wir die Drecksarbeit wirklich mit der Waffe in der Hand erledigen, mit all den Bohnen- und Brokkoli-Lieferanten gleichzusetzen.

SPIEGEL: Können Sie uns besonders riskante Aufträge nennen, die Sandline übernommen hat?

Grunberg: Nein, aber es sind immer die, bei denen unser Leben auf dem Spiel steht. Im Irak kann sogar jeder Bewachungsjob zum potenziellen Himmelfahrtskommando werden. Ob Sie eine Pipeline kontrollieren, einen Politiker schützen, eine Fabrik bewachen – Sie stehen mit einem Fuß im Grab. Und leider hat es ja auch schon einige PMF-Angestellte dort erwischt.

SPIEGEL: Hat Sandline schon einmal ein echtes Debakel erlebt?

Grunberg: Natürlich. Als wir uns Ende der neunziger Jahre in Papua-Neuguinea engagierten, glaubten wir im vollen Einverständnis mit dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu handeln. Leider entging uns, dass derselbe General von einem anderen Unternehmen Geld erhielt. So setzte unser Gewährsmann unsere Leute fest, kaum dass sie gelandet waren.



JOE RAEDLE / GETTY IMAGES

Verwaltungschef Bremer*, zivile Leibwächter: *Nur Handfeuerwaffen sind zugelassen*

Angestellten privater Militärfirmen hingegen gewährt das Fehlen jeder klaren gesetzlichen Regelung einen rechtsfreien Raum, in dem sie scheinbar tun und lassen können, was sie wollen.

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit werden auch Kernaufgaben des regulären Militärs von Zivilisten unternommen, die dem Arm der Militärjustiz entzogen bleiben. Die militärische Führung kann bestenfalls den Vertrag mit einem gesetzes- oder befehlswidrig handelnden Kontraktor lösen und Übeltäter aus dem Gefechtsgebiet weisen. Die juristische Verfolgung unterläge vornehmlich der Regierung, auf deren Staatsgebiet Untaten begangen wurden. Doch der Zusammenbruch jeder staatlichen Autorität ist es ja meist, der die PMF überhaupt erst auf den Plan ruft. Ihr Tun und Lassen bleibt daher in der Regel ungeahndet – undenkbar für die Streitkräfte eines Rechtsstaats.

Die so gewonnene Handlungsfreiheit der zivilen Sicherheitskräfte ist nicht nur für die Opfer von möglichen Übergriffen der Freischärler mit hohen Kosten verbunden. Die Söldner selbst müssen ihren rechtlich problematischen Status oft teuer und häufig auch mit dem Leben bezahlen. Obwohl sie längst ein unverzichtbarer Bestandteil der militärischen Operationen im Irak geworden sind, wurden den PMF von der alliierten Übergangsverwaltung erhebliche Beschränkungen auferlegt: Vor allem das Verbot schwerer Waffen trifft die Söldner hart.

Während sie in anderen Krisenzonen dieser Welt bei Bedarf mit Panzern, Geschützen und sogar eigenen Luftstreitkräften antreten, gehören im Zweistromland schon Handgranaten zur verbotenen Ausrüstung. Nur Handfeuerwaffen sind zum Selbstschutz zugelassen.

Während das Pentagon für die Bergung von US-Gefallenen massive Militäroperationen anordnet, „kriegen wir nur einen kostenlosen Leichensack", beklagt sich ein PMF-Manager. Und Scott Custer von „Custer Battles", dessen Firma die Sicherung des Bagdader Flughafens übernommen hat, rügt die mangelnde Gleichbehandlung: „Wir sind den Militärs mindestens ein halbes Dutzend Mal zur Hilfe

* In schwarzem Anzug vor dem Al-Hamra-Hotel in Bagdad am 13. Oktober 2003.

OLEG POPOV / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Amerikanische Marineinfanteristen, gefangene Iraker: *„Das ist der Wilde Westen“*

geeilt, die haben bei unseren Notlagen nicht ein einziges Mal reagiert.“

Malcolm Nance, Chef eines ebenfalls in Bagdad operierenden Unternehmens, zieht aus der mangelhaften Unterstützung des Militärs für in Bedrängnis geratene Private nur eine Konsequenz: „Wir rüsten auf, wenn auch heimlich.“ Handgranaten gebe es auf den Märkten der Hauptstadt schon für einen Dollar. Auch Raketenwerfer und schwere Maschinengewehre gehören nicht zur Mangelware. „Diesen Krieg führen nicht mehr nur die alliierten Streitkräfte“, sagt Nance.

Genau das aber verursacht zusätzliche Komplikationen. Die Privatkrieger verfügen weder über umfassende Geheimdienst-erkenntnisse noch über Details der militärischen Operationsplanung. Oft geraten sie daher in vermeidbare Notsituationen. Sogar Feuergefechte haben sich alliierte Truppen schon versehentlich mit Söldnern geliefert, die eigentlich zu ihrer Unterstützung eingesetzt waren. „Das ist hier der Wilde Westen“, glaubt Brian Boquist, ein früherer Green Beret.

Militärs fürchten zudem, sich ausgerechnet dann nicht auf die Privaten verlassen zu können, wenn sie die Firmen am dringendsten brauchen – etwa zu Wartungs- oder Reparaturarbeiten in Kampfgebieten.

So rügte Generalleutnant Charles Mahan, der höchste Logistik-Offizier der US-Armee, die mangelnde Zuverlässigkeit der Privaten. Die Weigerung, in kritische Gebiete zu gehen, hatte zur Folge, dass US-Soldaten zum Teil monatelang ohne frische Lebensmittel, ohne Duschen und ohne Toiletten auskommen mussten. „Wir haben darauf vertraut, dass die Industrie das übernimmt“, klagte Mahan, „aber es wird immer schwieriger, sie in gefährliche Gegenden zu schicken.“

Die jüngsten Aufstände im ganzen Land, vor allem aber die Schiiten-Rebellion im Süden haben die Nachschublieferungen für den Wiederaufbau des Landes erheblich beeinträchtigt. Immer wieder wurden die Lastwagen-Konvois von Kuweit nach Bagdad angegriffen. Über 50 Angestellte der Militärdienstleister sind in den vergangenen Monaten umgebracht worden.

Das treibt die Kosten für den Wiederaufbau in die Höhe. Stuart Bowen, der Generalinspekteur der alliierten Zivilverwaltung in Bagdad, rechnet mit 4 Milliarden Dollar Gesamtkosten für Sicherungszwecke im Irak – knapp ein Viertel jener rund 19 Milliarden US-Dollar, die der amerikanische Kongress bislang für den Wiederaufbau bewilligt hat.

Der hohe Preis der Sicherheit stellt auch die Frage neu, ob die Vergabe zentraler militärischer Aufgaben an Private überhaupt wirtschaftlich sinnvoll ist. Strategisch scheint sie im Zweistromland schon an ihre Grenzen zu geraten. Dort ist das Geschäft Sicherheit bereits zu einem bedrohlichen Maß zur privatwirtschaftlichen Profitmaschine geworden. Und das, obwohl Bush lautstark gelobt hat: „Amerika darf seine nationale Sicherheit nie in private Hände geben.“

Stärker noch ist das moralische Kapital der westlichen Führungsmacht durch den Einsatz unkontrollierter ziviler Unternehmen bedroht. Die Bilder der gedemütigten Gefangenen von Abu Ghureib haben in der islamischen Welt den absehbaren Sturm der Entrüstung hervorgerufen, gegen den auch das Versprechen des Pentagon, die Verantwortlichen zu bestrafen, machtlos war.

Der Chefredakteur der in London erscheinenden arabischen Tageszeitung „al-Kuds al-Arabi“ griff vor Empörung zu schrägen Metaphern: „Das ist für Amerika der Strohhalm, der dem Kamel den Rücken gebrochen hat“, erklärte Abd al-Bari Atwan. „Die Amerikaner haben bis jetzt kein einziges Herz gewinnen können. Von nun an brauchen sie es gar nicht mehr zu versuchen.“

Auch viele Amerikaner machten die Bilder sprachlos. Als der einstige Marineinfanterie-Oberst Bill Cowan zum ersten Mal die Bilder der entwürdigten Gefangenen von Abu Ghureib sah, sagte er: „Das sind genau die Dinge, für deren Beendigung wir im Irak einmarschiert sind – und jetzt geschehen sie unter unserer Aufsicht.“ Der alte Nahost-Kenner und ehemalige CIA-Experte Robert Baer ist überzeugt, dass das Pentagon zu viel Verantwortung an Geschäftemacher und verhinderte Rambos übertragen und so dem Ansehen Amerikas geschadet hat. Den Einsatz von Verhörspezialisten in Abu Ghureib hält Baer für „kompletten Wahnsinn“. Das seien doch „blutige Amateure ohne jede Bindung an ein Gesetz. Warum haben sie die nur ins Gefängnis gelassen?“

HANS HOYNG, SIEGESMUND VON ILSEMANN

GETTY IMAGES

Befehlshaber Bush, Rumsfeld: *Gestotterte Entschuldigung*